

ESTLAND UND DIE EUROPÄISCHE WÄHRUNGSUNION (statt Einführung)

Die Publikationsreihe „Estonische Gespräche über Wirtschaftspolitik“ erscheint nunmehr in der 19. Ausgabe. Die einzelnen Beiträge werden auf der beiliegenden CD-ROM und in Kurzform im vorliegenden Sammelband erfasst.¹ Die Artikel sind zuvor von Wirtschaftswissenschaftlern aus dem Aus- und Inland anonym rezensiert worden. Die Beitragsbände als selbstständige Sammlungen wissenschaftlicher Artikel erscheinen seit 2001 im Berliner Wissenschafts-Verlag in Kooperation mit dem estnischen Verlag Mattimar OÜ. Die Dokumentationen haben das Ziel, wirtschaftliche Entwicklungen in der Europäischen Union zu analysieren und daraus wirtschaftspolitische und gegebenenfalls auch ordnungspolitische Schlussfolgerungen zu ziehen. Nach der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise erlangt dieses Anliegen eine besondere Bedeutung.

Estland hat am 1. Januar 2011 als 17. EU-Staat den Euro als Landeswährung eingeführt. Bis auf das Inflationskriterium erfüllt Estland bereits seit Jahren ohne Schwierigkeiten die Beitrittskriterien. So ist das Haushaltsdefizit bisher stets unter der Marke von drei Prozent des Bruttoinlandprodukts (BIP) geblieben. Darüber hinaus ist der öffentliche Schuldenstand von derzeit etwa acht Prozent des BIP in der EU konkurrenzlos niedrig. Auch hatte die Regierung in Tallinn auf die Wirtschaftskrise aus gutem Grund nicht mit einer Abwertung der estnischen Krone reagiert. Dadurch hätte sie in Anbetracht der relativ geringen Exportabhängigkeit der estnischen Wirtschaft kaum spürbare expansive Effekte erzielt. Stattdessen wäre nur der Schuldendienst Estlands gegenüber dem Ausland drastisch gestiegen, weil über 90 Prozent der Auslandskredite auf Euro-Basis fakturiert sind. Durch die weiterhin strikte Einhaltung der Regelungen des Currency-Board-Systems war somit auch das Wechselkurskriterium erfüllt.

Die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise hat Estland besonders stark getroffen. Während das reale Bruttoinlandprodukt Estlands im Zeitraum 2000 bis 2007 noch um durchschnittlich über acht Prozent gestiegen war, schrumpfte es 2008 (minus 5,1 %) und 2009 (minus 13,9 %) um insgesamt beinahe 19 Prozent. Das war der stärkste Rückgang aller EU-Staaten. Vor allem die Bauwirtschaft war davon betroffen, die mehr als 21 Prozent zur Wirtschaftsleistung beiträgt. Diese Entwicklung ließ die Erwerblosenquote gegenüber 2007 (etwa 4,7 %) um das Drei- bis Vierfache ansteigen. Insofern ist es nicht verwunderlich, dass die Verbraucherpreise, die 2008 gegenüber dem Vorjahr noch um 10,6 Prozent gestiegen waren, im darauf folgenden Jahr fast stabil blieben.² Der drastische Rückgang der Teuerungsrate war also im Wesentlichen auf den sehr starken Konjunkturéinbruch zurückzuführen. Insofern ist es sehr fraglich, ob dieser Trend zur Stabilisierung der Preisentwicklungen nachhaltig sein wird. Immerhin sank das estnische Preisniveau nach Berechnungen von Eurostatistik im Zeitraum April 2009 bis März 2010, welcher der Entscheidung

¹ je nach Wahl des Verfassers in deutscher, englischer oder estnischer Sprache.

² Ursprungsdaten: Europäische Kommission, Eurostatistik; übernommen aus: Informationsdienst des Instituts der deutschen Wirtschaft (Köln), 16.12.2010, Nr. 50, S. 8.

über den Euro-Beitritt zugrunde gelegt wurde, um 0,7 Prozent, so dass auch das Inflationskriterium für die Euro-Einführung formal erfüllt war.

Inwiefern die Euro-Einführung die estnische Wirtschaft stimulieren wird, bleibt abzuwarten. Zumindest signalisierte die Entwicklung an der – relativ kleinen – Tallinner Börse zunächst eine rasante Wiederbelebung der Wirtschaft. So stieg der Hauptindex, der OMX Tallinn, nach dem Absturz während der Rezession im vergangenen Jahr wieder an, und zwar um die überraschend hohe Rate von über 73 Prozent.³

Der Beitritt zum Euro-Raum birgt aber auch für Estland Risiken, die im System begründet liegen. André Szász, langjähriges Mitglied des Direktoriums der niederländischen Notenbank, der fast 40 Jahre das wechselvolle Geschehen an den europäischen Währungsfronten hautnah miterlebt hat, prägte einmal den sarkastischen Satz: > Keiner der Regierungschefs, die den Maastrichter Vertrag zur gemeinsamen Währung unterzeichneten, hatte wirklich verstanden, worauf sie sich eingelassen hatten. < Sicherlich ist diese Aussage etwas übertrieben, in ihrem Kern aber berechtigt. Denn dem Konzept der Europäischen Währungsunion liegen Annahmen zugrunde, die – wie die Entwicklungen der jüngsten Vergangenheit gezeigt haben – zu krisenhaften Entwicklungen geführt haben.

Ein „grundlegender Konstruktionsfehler der Währungsunion“ (Jacques Delors, früherer Kommissionspräsident) besteht von Anfang an darin, dass Weich- und Hartwährungsländer zu einer politisch gewollten Währungsunion zusammengeschweißt worden sind. Man hat dabei bewusst in Kauf genommen, dass die Leitzinsen der Europäischen Zentralbank vielerorts nicht der jeweiligen wirtschaftlichen Situation der Länder entsprechen. Die Einheitszinsen sind zwangsläufig zu niedrig für Länder, die schneller wachsen und entsprechend zu höheren Preissteigerungsraten tendieren; andererseits sind sie zu hoch für jene Länder, welche weitgehend stagnieren. So waren sie lange Zeit für die rasch wachsenden Länder Spanien und Irland zu niedrig und führten dort zu blasenartigen Verwerfungen. Man hoffte, dass eine einheitliche Geldpolitik generell Entwicklungen bewirken werde, wodurch diese Diskrepanzen ausgeglichen würden. Das war, wie die Erfahrungen gezeigt haben, ein Trugschluss. Diese Fehleinschätzung hat dazu geführt, dass sich im Laufe der Zeit zunehmend Krisenherde in der Union herausgebildet haben.

Darüber hinaus ging man davon aus, dass Wettbewerbsverzerrungen, die sich in einem gemeinsamen Währungsraum bei unterschiedlichen Tarif-lohn-, Produktivitäts- und entsprechenden Kostenentwicklungen zwangsläufig aufbauen, durch die Kräfte des Marktes wieder beseitigt würden. Laut Statistik der OECD haben Unterschiede in den spezifischen Lohnkosten dazu geführt, dass beispielsweise Deutschland dank seiner in den Jahren gedämpften Wachstums sanierten Produktionsstrukturen in der Spitze einen globalen Wettbewerbsvorsprung

³ Estland, Lettland und Litauen auf der Überholspur, Handelsblatt (Deutschlands Wirtschafts- und Finanzzeitung) vom 06.01.2011, S. 18.

in Höhe von zehn Prozent errungen hatte, wohingegen Länder wie Griechenland, Portugal und Spanien deutliche Wettbewerbsverluste erlittenen. Divergenzen dieser Art führen bei gemeinsamen Wechselkursen in den progressiven Ländern zu Leistungsbilanzüberschüssen und in den zurückgebliebenen Ländern zu Defiziten im internationalen Güteraustausch. Der Glaube, dass durch die selbstheilenden Kräfte der Märkte die Wettbewerbsnachteile ohne Weiteres wieder ausgeglichen und die Defizite finanziert würden, hat sich als weiteren Trugschluss erwiesen.

Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat viele überkommene volkswirtschaftliche Annahmen ad absurdum geführt, insbesondere die neoklassisch-monetaristischen Prämissen grundsätzlich funktionierender freier Märkte⁴, stabiler Gleichgewichte und unfehlbar rational handelnder Wirtschaftssubjekte, wonach staatliche Eingriffe mehr Schaden als Nutzen stiften. Die Entwicklungen der vergangenen Jahre haben aber gezeigt, dass ohne ausreichende staatliche Regulierung der ungezügelter menschliche Trieb zur Gewinnerzielung zu katastrophalen Krisen führen kann. Insofern muss durch eine Rückbesinnung auf die Kernaussagen der sogenannten 'Neuen Wirtschaftslehre'⁵ die Rolle des Staates neu definiert werden.

Volkswirtschaftliche Fehlentwicklungen sind, das haben die Erfahrungen gelehrt, eng mit einem Versagen der Kapitalmärkte verbunden. Eine Krisenbewältigung, die sich allerdings nur auf eine – unbestreitbar notwendige – Reform der Geld- und Kapitalmärkte⁶ beschränkt, greift aber zu kurz. Es reicht nicht aus, nur die Haushaltsentwürfe der EU-Länder zukünftig in Brüssel absegnen zu lassen, also die Haushaltsdefizite zu kontrollieren und deren Reduzierungen auf ein zulässiges Höchstmaß zu überwachen. Unzureichende Koordination der nationalen Wirtschaftspolitiken in einem Gebiet wie dem Euro-Raum führt unweigerlich zu einer Destabilisierung der Realwirtschaften. Damit sich die Euro-Länder wirtschaftlich nicht weiter so stark auseinanderentwickeln wie in den vergangenen Jahren, müssen komplementär zur zentral bestimmten Geldpolitik zukünftig auch die Fiskal-, Beschäftigungs- und Sozialpolitik aus den Ermessensspielräumen der einzelnen Nationalstaaten herausgelöst und – analog zur Europäischen Zentralbank – einer übergeordneten Instanz übertragen werden.⁷

Die vorliegende wissenschaftliche Publikation erscheint 2011 in zwei Teilen; der erste im Juni und der zweite im Herbst. Die Beiträge des zweiten Teiles sind bereits in diesem Band mit Titeln und Verfassernamen aufgeführt.⁸

⁴ durch die „unsichtbare Hand des Marktes“ (Adam Smith). Joseph Stiglitz wendet dagegen ein: „Vielleicht ist die unsichtbare Hand auf vielen Märkten deshalb unsichtbar, weil es sie gar nicht gibt.“

⁵ der 30er Jahre; vgl. hierzu: Skidelsky, R., Die Rückkehr des Meisters — Keynes für das 21. Jahrhundert, München (Verlag Antje Kunstmann) 2010.

⁶ vgl.: Eesti majanduspoliitilised välilused – Estnische Gespräche über Wirtschafts-politik – Discussions on Estonian Economic Policy, Berlin/Tallinn 2010, S. 9 - 20.

⁷ Eine in der Bundesrepublik Deutschland gegründete Arbeitsgruppe „Alternative Wirtschaftspolitik“ fordert in diesem Zusammenhang längerfristig eine EU-Wirtschaftsregierung.

⁸ wobei Änderungen noch auftreten können.

Die Publikationsreihe „Etnische Gespräche über Wirtschaftspolitik“ ist in den internationalen Systemen ISBN (*International Standard Book Number*⁹) und ISSN (*International Standard Serial Number*¹⁰) berücksichtigt sowie im estnischen wissenschaftlichen Infosystem ETIS (*Eesti Teadusinfosüsteem – Estonian Research Information System*¹¹) vertreten. Darüber hinaus ist sie in den Datenbanken *ECONIS* der Deutschen Zentralbibliothek für Wirtschaftswissenschaften (ZBW, German National Library of Economics) des Instituts für Weltwirtschaft Kiel (IfW)¹² und *EBSCO* (Massachusetts, USA), Subdatenbank Central & Eastern European Academic Source (CEEAS)¹³ erfasst. Die Aufnahme in weiteren anerkannten Datenbanken wird angestrebt.

Februar/März 2011

Manfred O. E. Hennies
Kiel/Warder,
Deutschland

Matti Raudjärv
Tallinn/Pirita-Kose und Pärnu,
Estland

⁹ ISBN ist eine internationale 13-stellige Standardnummer zur eindeutigen Kennzeichnung von Büchern, darunter auch von periodischen Schriftenreihen mit selbständigen Titeln und von elektronischen Publikationen (z. B. auf CD-ROM).

¹⁰ ISSN ist eine internationale 8-stellige Standardnummer, die periodische Schriftenreihen eindeutig identifiziert.

¹¹ unter den Klassifikationsnummern für Ergebnisse wissenschaftlicher Tätigkeit 1.2 (Beiträge in einer internationalen wissenschaftlichen Zeitschrift mit einem eingetragenen Identifikator. Die einzelnen Beiträge werden von einem internationalen Kollegium redigiert oder vorzensiert und werden international verbreitet) sowie 3.1 (Beiträge in einem Sammelband oder Kapitel in einem Buch, herausgegeben von einem von ETIS anerkannten Verlag).

¹² www.zbw-kiel.de, Leibnitz-Informationszentrum Wirtschaft.

¹³ <http://www.ebscohost.com/thisTopic.php?marketID=1&topicID=1284>; Liste der akademischen Publikationen: <http://www.ebscohost.com/titleLists/e5h-coverage.pdf>